

# Tages Anzeiger

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Dienstag  
19. Dezember 2017

125. Jahrgang Nr. 295  
Fr. 4.00, Ausland: € 3.65 / AZ 8021 Zürich



**Freud und Leid**  
Weisses Erwachen:  
Kinder freuen sich,  
Pendler weniger.

20

**Santiago Calatrava**  
Ein Frühwerk des  
Architekten hängt  
beim Stadelhofen.

17

**FCZ und GC**  
Die Halbzeitbilanz  
der beiden Zürcher  
Fussballclubs.

30

**Gedächtnis**  
Das sollte man sich  
merken: Vergessen  
hilft beim Lernen.

42

## Die EU versucht, die Schweiz zu erpressen

**Trotz Milliardenzuschuss** verlangt Brüssel ultimativ einen Rahmenvertrag - Politiker sind empört.

**Markus Brotschi und Stephan Israel**  
Bern, Brüssel

Die Europäische Union will der Schweiz vorerst nur befristeten Zugang zum Aktienhandel mit der EU geben und brüskiert damit den Bundesrat. Denn dieser rechnete mit dem unbefristeten Zugang, als er der EU Ende November die Kohäsionsmilliarde zusicherte.

Das Vorgehen der EU verärgert die bürgerlichen Parteien in der Schweiz. Die SVP sieht sich in ihrer Kritik an der Milliardenzahlung an die EU bestätigt. «Bundespräsidentin Doris Leuthard hat sich von Jean-Claude Juncker über den Tisch ziehen lassen», sagt SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi. Er erwartet vom Bundesrat, dass dieser die Zusage zur Kohäsionsmilliarde zurückzieht.

CVP-Nationalrätin Kathy Riklin zeigt sich enttäuscht vom Vorgehen der EU. Das Rahmenabkommen lasse sich niemals innert eines Jahres realisieren. Dies bedeute, dass die Schweiz in einem Jahr erneut eine Verlängerung der Börsenankennung aushandeln müsse.

Dies wiederum werde die EU kaum ohne Gegenleistung tun.

«Falls sich dieses Vorgehen der EU so bestätigen sollte, ist das ein Schlag ins Gesicht des Bundesrats», sagt FDP-Ständerat Damian Müller. «Dann hat der Schmusekurs mit Herrn Juncker nichts gebracht.» Der Bundesrat müsste sich dann mit der Vorlage zur Kohäsionsmilliarde Zeit lassen. Der Inhalt des Rahmenabkommens müsse endlich offengelegt werden. Die FDP werde dann den Kohäsionsbeitrag im Lichte dieser Auslegung beurteilen.

SP-Nationalrat Tim Guldemann zeigt hingegen Verständnis für die EU. Obwohl die Schweiz noch nicht bereit sei für das Rahmenabkommen, sei die EU bereit, das Problem des Aktienhandels für ein Jahr zu lösen. Bundespräsidentin Leuthard will den definitiven Entscheid der EU abwarten. Falls die Börsenankennung tatsächlich nur befristet erfolge, sei dies aber schon ein Grund zum Unmut, sagte sie dem Westschweizer Fernsehen. Der Bundesrat würde dann Massnahmen treffen. - Seite 5

## Pierin Vincenz gesteht erstmal Fehler ein

Einen Monat nachdem die «Sonntags-Zeitung» bekannt gemacht hatte, dass eine Untersuchung der Finanzmarktaufsicht (Finma) gegen die Bank Raiffeisen und Pierin Vincenz persönlich läuft, musste Vincenz gestern sein letztes Amt in der Finanzbranche abgeben: das Präsidium der Helvetia-Versicherung.

Die Untersuchung und der Rücktritt stehen im Zusammenhang mit Firmenkäufen der Bank oder von verhandelten Firmen, die ebenfalls unter der Kontrolle Vincenz' standen, als er Raiffeisen-CEO war. Dazu zählt etwa die Akquisition der Firma Commtrain, ein Anbieter von Software für Kreditkarten-Terminals.

Brisant an diesem Kauf war, dass Pierin Vincenz persönlich an Commtrain beteiligt war und daher vom Kauf direkt profitierte. Nachdem der Deal intern zu reden gab, liess Vincenz auf Geheiss des damaligen Raiffeisen-Präsidenten gleich drei Gutachten erstellen.

Pierin Vincenz bestreitet nicht, dass es einen Interessenkonflikt gab, betont aber, er habe stets die Interessen von Raiffeisen gewahrt. Auf die Frage, ob er den Deal wieder machen würde, sagt er: «Wenn man ein grosses Unternehmen über längere Zeit führt, gibt es immer Dinge, die man im Nachhinein anders machen würde.» (ar) - Seite 3

## In Zahlen statt Worten



Daten, so heisst es, seien «das Öl des 21. Jahrhunderts», und Datenjournalisten befördern sie zutage. Dabei geht es gern um Wirtschaftsangelegenheiten, etwa um Finanzkonstrukte wie in den Paradise Papers. Diese Zeitung unternahm nun eine Probebohrung auf unge-

wohntem Gelände, genauer gesagt: Wir löcherten die Werke der besten Schweizer Krimiautoren, Friedrich Glauser und Friedrich Dürrenmatt. Die Resultate? Sonderbare Funde wie einen Monstersatz von Dürrenmatt, der eine Hommage an Heinrich von Kleist sein könnte. Ein-

sichten wie etwa, dass Dürrenmatt, der Berner Weltliterat, deutlich blutiger schrieb als Glauser, der Erfinder des Wachtmeister Studer. Und der schwere Verdacht, dass es auf dem weiten Feld der Literatur für Datenjournalisten noch einiges zu ergründen gibt. (Isch) - Seite 13

### Service

Börse	14	Stellenanzeigen	36
Leserbriefe	15	Veranstaltungen	38
Todesanzeigen	22	Rätsel	40
Fernsehprogramme	26	Wetter	41

**Abo-Service** 044 404 64 64

[www.tagesanzeiger.ch/abo](http://www.tagesanzeiger.ch/abo)

**Inserate** 044 248 40 30

E-Mail: [inserate@tages-anzeiger.ch](mailto:inserate@tages-anzeiger.ch)

Inserate online buchen: [www.adbox.ch](http://www.adbox.ch)

**Redaktion** 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich  
[redaktion@tages-anzeiger.ch](mailto:redaktion@tages-anzeiger.ch)

**Leserbriefe** [www.tagesanzeiger.ch/leserforum](http://www.tagesanzeiger.ch/leserforum)

**Online** [www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch](http://www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch)



### Kommentare & Analysen

**«Der Streit über die Unabhängigkeit spaltet Familien, entzweit Freunde, trennt Paare.»**

**Sebastian Schoepp und Thomas Urban** über Katalonien. - Seite 12

Die SVP erweckt den Eindruck, sie sei eine heilige Partei; eine scheinheilige eben. - Seite 13

Bei gefährlichen Straftätern gaukeln Fussfesseln eine falsche Sicherheit vor. - Seite 13

### Heute

**Wer bezahlt nun die wertlosen Air-Berlin-Tickets?**

Ehemaligen Kunden von Air Berlin mit nun wertlosen Flugtickets wird empfohlen, den Schaden bei Reiseversicherern oder Kreditkartenunternehmen anzumelden. Die Aussichten, auch wirklich entschädigt zu werden, sind allerdings gering. Das zeigt eine Umfrage dieser Zeitung. - Seite 9

**Washington: Zug entgleist und stürzt auf Autobahn**

Bei einem Zugunglück südlich der Stadt Seattle im US-Bundesstaat Washington wurden mindestens 6 Menschen getötet und Dutzende verletzt. Die Komposition befuhr zum ersten Mal einen neuen Streckenabschnitt, als sie entgleiste, stürzte teilweise auf eine viel befahrene Autobahn und traf mehrere Autos. - Seite 16

### Diskriminierung: Weko büsst Post

Die Post soll ihre marktbeherrschende Stellung missbraucht, den Wettbewerber Quickmail behindert und gewisse Kunden diskriminiert haben. Die Wettbewerbskommission (Weko) will sie deshalb mit 22,6 Millionen Franken büssen. Konkret wurde festgestellt, dass die Post ihre Preissysteme nicht einheitlich angewendet hat. So gewährte sie Kunden bei Briefsendungen ab einem jährlichen Sendungsvolumen von 100 000 Franken vertragliche Sonderkonditionen. Vertragskunden, die vergleichbare Eigenschaften aufwiesen hätten, erhielten aber vielfach tiefere Rabatte als in den Preissystemen vorgegeben. (SDA) **Kommentar Seite 2, Bericht Seite 11**

### Merkel trifft Opfer des Terroranschlags

Am 19. Dezember 2016 wurde der Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz im Herzen Berlins attackiert; 12 Menschen starben, Dutzende wurden verletzt. Mit einem feierlichen Akt wird heute in der Hauptstadt der Opfer gedacht. Schon gestern kam Kanzlerin Angela Merkel mit Betroffenen und Hinterbliebenen zu einem Gespräch zusammen. Das auf zwei Stunden angesetzte Treffen fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Zuvor hatten sich Opfer mit scharfer Kritik an der Bundesregierung zu Wort gemeldet und dieser in einem offenen Brief unter anderem auch Versagen in der staatlichen Antiterrorpolitik vorgeworfen. (Red) - Seite 7

# Vorbei mit der Freundschaft

Die EU erfindet einen neuen Hebel, um Druck für ein Rahmenabkommen zu machen. Sie beschränkt die Äquivalenz-Anerkennung der Schweizer Börsenregulierung vorerst auf ein Jahr.

**Markus Brotschi und Stephan Israel**  
Bern, Brüssel

Es droht ein neuer Rückschlag in den bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Brüssel will die Äquivalenzanerkennung der Schweizer Börsenregulierung vorerst auf nur ein Jahr befristen und eine spätere Verlängerung davon abhängig machen, ob beim umstrittenen Rahmenabkommen Fortschritte erzielt werden. So hiess es gestern aus Kreisen der EU-Kommission.

Brüssel will sich offensichtlich ein Druckmittel sichern, um die Lösung der festgefahrenen sogenannten institutionellen Fragen doch noch voranzubringen. Dabei hatte beim Besuch von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 23. November in Bern alles darauf hingedeutet, dass beide Seiten nach dem Streit um die Personenfreizügigkeit wieder zu einem vertrauensvollen Verhältnis zurückfinden könnten.

Der Bundesrat stellte einen neuen Beitrag zur Kohäsionspolitik der EU in Aussicht und ging von der Erwartung aus, dass die unbefristete Äquivalenzanerkennung des Schweizer Rechts- und Aufsichtsrahmens für Börsen reine Formsache sein würde. Der Gleichwertigkeitsbeschluss drängt, weil am 3. Januar in der EU neue Finanzmarktvorschriften in Kraft treten. Ohne Äquivalenzanerkennung würde ein Teil des Aktienhandels aus der Schweiz abfließen.

## Der Grund ist noch unklar

Tatsächlich sah Mitte November und kurz vor dem Juncker-Besuch noch alles gut aus. In einem Entwurf für den Entscheid war von einer Befristung auf ein Jahr jedenfalls keine Rede. Auch die Mitgliedsstaaten hatten bereits ihre Zustimmung gegeben. Die Kommission sollte diese Woche die Äquivalenzanerkennung wie jene vergangene Woche für die USA, Australien und Hongkong nur noch absegnen.

Nun sollen die Mitgliedsstaaten einem revidierten Entwurf mit der einjährigen Befristung bis Mittwochnachmittag zustimmen. Der Grund für die ungewöhnliche Neuauflage ist vorerst unklar. Möglicherweise hat man in Brüssel die Kritik an der Kohäsionszusage des Bundesrats in der Schweiz registriert. Auch dürften angesichts der politischen Diskussion in Bern die Zweifel gewachsen sein, dass die Schweiz die Arbeit am Rahmenabkommen ohne Druck aus Brüssel noch ernsthaft voranzutreiben bereit wäre.

Man könne das Rahmenabkommen ja auch in «Freundschaftsabkommen» umbenennen, hatte Juncker in Bern gewitzelt. Mit Freundschaft und Normalisierung ist es offenbar nicht weit her. Die Begründung für die einjährige Befristung spricht jedenfalls eine deutliche Sprache und dürfte an höchster Stelle der Brüsseler Behörde formuliert worden



Bei seinem Besuch am 23. November sah noch alles gut aus: Jean-Claude Juncker mit Doris Leuthard. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

## Möglicherweise will die EU-Kommission mit der Schweiz keinen Präzedenzfall schaffen.

sein: Erstens sei es durchaus sinnvoll, die Gleichwertigkeitsanerkennung der Schweizer Börsenaufsicht auf ein Jahr zu befristen, so Kommissionskreise. So hätten die Mitgliedsstaaten im Fall der Schweiz den Marktzugang stets an eine Lösung bei den institutionellen Fragen geknüpft.

Zweitens stimme die Befristung mit den Plänen der Schweizer Regierung überein, das Rahmenabkommen bis Ende 2018 unter Dach zu bringen. Generell sei der Zugang zum Binnenmarkt

ohnehin Teil eines Pakets. Dazu gehörten der Respekt für die Einheit des EU-Rechts, einschliesslich der Rolle des Europäischen Gerichtshof als Schiedsrichter in Streitfällen, ebenso wie der Beitrag zur Kohäsionspolitik. Vielleicht rächt sich jetzt, dass auch auf Schweizer Seite immer mal wieder sachfremde Dossiers in den Verhandlungen mit Brüssel verknüpft wurden. Die EU-Kommission dreht jetzt den Spieß um und macht eine Verknüpfung zwischen der eigentlich rein technischen Äquivalenzanerkennung und dem politischen Dossier des Rahmenvertrags. Eine Rolle dürfte auch der Brexit und die Frage des künftigen Zugangs für die britische Finanzindustrie zum Binnenmarkt spielen. Möglicherweise will die EU-Kommission mit der Schweiz keinen Präzedenzfall schaffen und sich alle Optionen offenhalten.

Ob die Mitgliedsstaaten folgen, wird sich am Mittwoch zeigen. Von Schweizer Seite gab es jedenfalls Bemühungen, Mitgliedsstaaten vor dieser kontraproduktiven Verknüpfung zu warnen. In der Schweiz verärgert das Vorgehen der EU die bürgerlichen Parteien. Die SVP sieht sich in ihrer Kritik an der neuen Kohäsionsmilliarde bestätigt. «Bundespräsidentin Doris Leuthard hat sich von Jean-Claude Juncker über den Tisch ziehen lassen», sagt Thomas Aeschi. Der SVP-Fraktionschef erwartet vom Bundesrat, dass dieser morgen die Zusage zur Kohäsionsmilliarde zurückziehe. Bundespräsidentin Leuthard will den definitiven Entscheid der EU abwarten. Falls die Börsenankennung tatsächlich nur befristet erfolge, sei dies ein Grund zum Unmut, sagte sie gegenüber dem Westschweizer Fernsehen. Der Bundesrat werde in diesem Fall Massnahmen treffen.

## Welsche Regierungen sind gegen No Billag

Die Regierungen der Westschweizer Kantone lehnen die No-Billag-Initiative ab. Sie betrachten die Volksinitiative als Angriff auf die föderalistische Schweiz. Das Stimmvolk entscheidet am 4. März 2018. Die SRG widerspiegeln die realen Gegebenheiten der Schweiz auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, teilte die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) mit. In einem kleinen multikulturellen Land könne kein Privatfernsehen oder -radio diese nationale Aufgabe übernehmen. Den französisch-, italienisch-, und rätoromanischsprachigen Regionen ist ein höherer Anteil des SRG-Budgets gewidmet, als ihnen aufgrund der Bevölkerungszahlen zustehen würde, wie die Konferenz der Kantone Genf, Waadt, Neuenburg, Wallis, Freiburg, Jura und Bern festhielt. Bei einer Versteigerung der Radio- und TV-Konzessionen würde das Land Sonderinteressen unterwerfen, die weit entfernt vom Verfassungsgrundsatz der Gleichheit seien. Die No-Billag-Initiative greife die föderalistische Schweiz an. Die WRK empfiehlt sie deshalb zur Ablehnung. (SDA)

## Pfister und Aeschi machen die AHV-Reform zur Chefsache

Der CVP-Präsident und der SVP-Fraktionschef wollen die Neuauflage der AHV-Reform neuerdings an vorderster Front mitgestalten.

**Markus Häfliger**  
Bern

Wenn Nationalräte mitten in der Legislatur von einer Kommission in die andere wechseln, interessiert das ausserhalb des Bundeshauses normalerweise niemanden. Doch in diesem Fall ist das anders. Gleich zwei politische Schwergewichte haben in die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) gewechselt: CVP-Präsident Gerhard Pfister gibt dafür seinen Sitz in der Aussenpolitischen Kommission auf, SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi seinen Sitz in der Finanzkommission.

Die hochkarätigen Einwechslungen bieten einen Vorgeschmack auf die grossen Auseinandersetzungen, die in der SGK in den nächsten Jahren stattfinden

werden. Hier wird die Neuauflage der Rentenreform ausgehandelt, die das Volk im September versenkt hat. Vorgehen ist, dass der zuständige Bundesrat Alain Berset (SP) den Prozess für eine neue Vorlage demnächst startet. Bereits morgen Mittwoch soll er im Bundesrat dazu eine erste Aussprache führen.

Noch ist nicht bekannt, in welche Richtung Berset gehen will: Unternimmt er erneut einen grossen Reformversuch für die AHV und die zweite Säule gleichzeitig? Oder wird die Vorlage in mehrere Teile aufgeteilt? Wie werden sich Mehreinnahmen und Leistungskürzungen bei der AHV und in den Pensionskassen die Waage halten? Und wie viele Konzessio-

nen nach rechts wird der Sozialminister machen müssen?

Egal, was Berset und der Gesamtbundesrat vorschlagen werden: Das Parlament wird sich wie schon im ersten Anlauf frei fühlen, die Bundesratsvorlage nötigenfalls umzuschreiben. Bei der gescheiterten Vorlage Altersvorsorge 2020 spielten im Parlament die Ständeräte Paul Rechsteiner (SP), Christine Egerszegi (FDP) und Urs Schwaller (CVP) eine Schlüsselrolle. Egerszegi und Schwaller sind aber inzwischen zurückgetreten.

### Einflussreiche Vierergruppe

Nach Pfisters und Aeschis Einwechslung in die SGK dürfte nun eine Vierergruppe den Ton angeben: Neben den Nationalräten Aeschi und Pfister für die SVP und die CVP, wird bei der SP wohl erneut Ständerat Paul Rechsteiner eine Schlüsselrolle spielen. Bei der FDP ist Ständeratspräsidentin Karin Keller-Sutter als SGK-Mitglied gut positioniert, um die Federführung zu übernehmen.

CVP-Chef Pfister interessiert sich in seiner neuen Kommission jedoch nicht nur für die AHV, sondern auch für das

## Nachrichten

### Affäre Buttet Nach Rücktritt als Nationalrat bleibt Buttet unter Druck

Nachdem Yannick Buttet (CVP) sein Nationalratsmandat abgegeben hat, sind die Parteien skeptisch, ob er Präsident von Collombey-Muraz bleiben soll. Es gebe keinen Grund, als Präsident weiterzumachen, wenn man nicht imstande sei, das Nationalratsmandat zu erfüllen, sagt die Walliser SP-Präsidentin Barbara Lanthemann. Auch der Walliser FDP-Präsident René Constantin fragt sich, wie lange Buttet noch glaubwürdig der Gemeinde vorstehen könne. Nur die CVP Unterwallis steht zu Buttet. Der Walliser ist am Sonntag als Nationalrat zurückgetreten. Zuvor war bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Verdachts auf Nötigung eröffnet hat. (SDA)

### Statistik

### 4,4 Millionen Wohnungen in der Schweiz

In der Schweiz gibt es rund 4,4 Millionen Wohnungen. Von 2010 bis 2016 ist der Gesamtwohnungsbestand um 340 000 gewachsen. Über die Hälfte der Wohnungen befand sich in den bevölkerungsreichsten Kantonen Zürich, Bern, Waadt, Aargau und St. Gallen. Den grössten Anteil machen die 3- und 4-Zimmer-Wohnungen mit 26,8 Prozent respektive 27,7 Prozent aus, wie das Bundesamt für Statistik mitteilte. (SDA)

### Energie

### AKW Leibstadt produziert wieder Strom

Das AKW Leibstadt ist seit Montag wieder am Netz. Das AKW war Mitte September für die Jahresrevision abgeschaltet worden. Wegen des Austauschs von fehlerhaften Brennelementen dauerte der Produktionsunterbruch 41 Tage länger als ursprünglich geplant. (SDA)

### Kirche

### Kapuziner verabschieden sich aus dem Oberwallis

Wegen Überalterung geben die Kapuziner ihr Kloster in Brig VS nach 70 Jahren auf. Ihr Gebäude wird von einer Stiftung für Menschen mit Behinderung übernommen. Heute gehören zum Kloster noch neun Brüder, einer lebt im Alters- und Pflegeheim. Wie das Kloster mitteilte, werden sie im Lauf des Januar ihre Zimmer räumen und nach den Abschiedsgottesdiensten das Kloster verlassen. Sie werden auf die übrigen Kapuzinerklöster der Schweiz verteilt. (SDA)

### Medien

### Susan Boos gibt Leitung der WOZ ab

Susan Boos gibt die Leitung der linksalternativen «Wochenzeitung» (WOZ) nach dreizehn Jahren Ende Dezember ab. Die Nachfolgeregelung ist offen. Nach einer Auszeit arbeitet die 54-jährige als Redaktorin und Reporterin bei der WOZ weiter. Boos bestätigte eine Meldung der «NZZ am Sonntag». (SDA)



Gerhard Pfister.

Thomas Aeschi.